

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
18 / 2011

Veränderte Sicht auf Risiken?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2010
- MUSICA PRO PACE 2010
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress
978-3-89971-904-8

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2010

<i>Spielverderber? Neue Medien, Computerspiele und Jugendgewalt</i> Mit Christian Pfeiffer und Alexander T. Müller	17
---	----

<i>Fußball – Spielfeld für Integration oder Ausgrenzung?</i> Mit Willi Lemke, Nia Künzer und Gunter A. Pilz	41
--	----

<i>Flüchtlingsnot vor und hinter den Grenzen der Europäischen Union</i> Mit Angelika Beer, August Hanning und Elias Bierdel.	63
---	----

<i>Europa sieht Deutschland: »Dass ein gutes Deutschland blühe ...«</i> Von Friedrich Schorlemmer	91
--	----

<i>Religionen als zivilisierende Kräfte der Globalisierung?</i> Mit Selim Abdul-Galeel und Peter Steinacker.	107
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2010

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Die katastrophalen Folgen von Gerechtigkeit durch Gewalt. Zum Oratorium »A Child of Our Time« von Michael Tippett</i>	131
--	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Kenichi Mishima, Tokio <i>Die Entmachtung der japanischen Öffentlichkeit</i>	139
Lars Gerhold, Berlin <i>Zwischen Risiko und Gefahr. Unsicherheit als Anforderung an das Individuum.</i>	145
Ulrich Schneckener, Osnabrück <i>Der schwierige Umgang mit dem »Risiko Terrorismus«. Möglichkeiten und Grenzen der Terrorismusbekämpfung</i>	157
Reinhold Mokrosch, Osnabrück <i>Das Risiko der Gewaltfreiheit. Was können die Weltreligionen für den Frieden tun?</i>	171
Silke Grade, Osnabrück <i>»Eine Zierde der Stadt Osnabrück« oder »der Judentempel«. Die Synagoge an der Rolandstraße</i>	191

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren	207
Abbildungsnachweis	213

Flüchtlingsnot vor und hinter den Grenzen der Europäischen Union

Podiumsveranstaltung im Kongress-Saal der
OsnabrückHalle am 1. Juni 2010

Angelika Beer

Chair des Parliamentarians Network
for Conflict Prevention (East-West-
Institute, Brüssel), ehemalige Europa-
und Bundestagsabgeordnete von
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Dr. August Hanning

Staatssekretär im Bundesministerium
des Innern a.D., Präsident des Bundes-
nachrichtendienstes a.D.

Elias Bierdel

Vorstand von *borderline-europe* –
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.,
ehemaliger Leiter der Hilfsorganisation
Komitee Cap Anamur / Deutsche Not-
Ärzte e.V.

Prof. Dr. Andreas Pott

Universität Osnabrück, Direktor des
Instituts für Migrationsforschung und
Interkulturelle Studien (IMIS) –
Gesprächsleitung

Andreas Pott: Das Thema ist aktuell, man kennt es aus der Tagespresse: Flüchtlingsdramen spielen sich an den Grenzen Europas ab, auf hoher See, auf verschiedenen Inseln. Man kennt auch Berichte über Razzien in den Innenstädten Europas, über Abschiebungsprobleme, über Migranten ohne Papiere und anderes mehr. Das Thema erscheint uns räumlich fern – an den Grenzen, den Rändern Europas – und ist uns doch sehr nah. Dabei ist die Flüchtlingsproblematik nicht neu. Die Medien berichten darüber seit den 1980er-Jahren, als die Hilfsorganisation *Cap Anamur* gegründet wurde. Jüngerer Datums der Zusammenhang mit der Europäischen Uni-

on, die hier immer wieder als ›Festung Europa‹ angesprochen wird. Ihre Außengrenze ist relativ neu, verglichen mit den nationalen Grenzen ihrer Mitgliedstaaten und denen der Nachbarn. Und sie ist im Zuge der EU-Erweiterungen sehr stark im Wandel begriffen.

Wir fragen nach den Verhältnissen diesseits und jenseits dieser Grenzen. Dabei geht es um *Migration*, die räumliche Wanderungsbewegung von Menschen, vor allem aber um die Nöte der Flüchtlinge. Uns interessieren Ursachen und Folgewirkungen in dreierlei Hinsicht:

Zum *einen* geht es um den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der EU und der Grenz- und Flüchtlingsproblematik. Hier kann man eine Linie ziehen vom sog. »Asylkompromiss«, den 1993 in Deutschland die Bundestagsparteien schlossen, über die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und das Haager Programm von 2004 bis hin zur Gründung der *Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*, kurz: »Frontex« genannt, aber auch zuletzt zum *Europäischen Pakt für Migration und Asyl* unter der französischen Ratspräsidentschaft, verabschiedet 2008. Im Rückblick ist erkennbar, dass sich so etwas wie eine gemeinsame EU-Migrations- und Asyl- bzw. Flüchtlingspolitik entwickelt hat. Es entstand der »Schengen-Raum«, der in der EU die grenzüberschreitende Mobilität erleichtert. Es entstand eine Koordination der Flüchtlings- und Asylpolitik, und es ergab sich – kritisch formuliert – eine schrittweise Verschärfung des Asylrechts. Manche Stimmen sagen, Europa dränge das Flüchtlingsproblem seinen peripheren Staaten auf, den Rändern und dem Vorraum der EU. Betrachtet man die verschiedenen Politikfelder EU-Europas, so gehört die Migrationspolitik sicher zu einem der – was die Integration der Mitgliedsländer betrifft – erfolgreichen Bereiche. Es gibt so etwas wie einen Minimalkonsens: es gilt, illegale Migration zu verhindern. Insofern könnte man davon sprechen, dass die europäische Migrationspolitik, wie sie sich bisher herausbildet, zu Teilen auch eine *Migrationsverhinderungspolitik* ist. Es geht also um Interessen und Effekte dieser Politik.

Der *zweite* Themenbereich ist die eigentümliche Verknüpfung der EU-Flüchtlingsthematik mit den Begriffen ›Illegalität‹ auf der einen Seite und ›Sicherheit‹ auf der anderen. Hier sind die Konturen und Kategorien unscharf: In Medienberichten wird oft nicht klar, ob man von Flüchtlingen, von Asylsuchenden im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention oder von illegalen Migranten spricht. Das Thema erscheint in der öffentlichen Wahrnehmung stark verengt auf den Diskurs ›Illegalität und Sicherheit‹. Man könnte von einer *Versicherheitslichung* der Thematik sprechen. Wie entsteht diese Verengung, diese Fokussierung? Und was sind ihre – vielleicht unbeabsichtigten – Auswirkungen, wie z.B., dass man kaum über

Flüchtlinge innerhalb der EU redet, weil der Blick auf die Außengrenzen gerichtet bleibt?

Schließlich wirft das Thema *drittens* auch moralische Fragen auf. Bundespräsident *Horst Köhler* sagte einmal: »Die Abriegelung der Grenzen stellt weder politisch noch moralisch eine Lösung dar.« Die moralischen Aspekte des Themas sind unübersehbar, wenn man etwa an die Gesicke minderjähriger Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos denkt, über die häufig in den Medien berichtet wurde, oder an die selbst beanspruchte Rolle der EU in der Welt, die die Wahrnehmung von Verantwortung für Schutzbedürftige, die Schaffung von Sicherheit, die Stiftung von Wohlstand und Frieden einschließt.

Häufig wird vielmehr der Vorwurf erhoben, die EU entledige sich ihrer Verantwortung gerade durch internationale Vereinbarungen bezüglich der Migrationsthematik, so z.B. mit dem »Dublin II« genannten Vorschlag im Jahr 2003, ein Rahmenabkommen zu schließen, mit dem Flüchtlingsquoten für Drittstaaten und die Verteilung der Flüchtlinge auf verschiedene EU-Staaten vereinbart werden sollten. Einige Mitgliedstaaten waren strikt dagegen, darunter Deutschland.

Bevor wir zu den Statements unser Podiumsteilnehmer kommen, möchte ich eine Frage an sie voranstellen:

Frau Beer, wann haben Sie sich zuerst mit diesem Thema beschäftigt?

Angelika Beer: Ich war verteidigungspolitische Sprecherin meiner Fraktion im Bundestag, als ich für *medico international* nach dem zweiten Golfkrieg im Norden Iraks ein Minenräumprojekt aufgebaut habe, dort, wo Menschen in die verminten Schlachtfelder gerieten. Danach hatte ich immer wieder Berührung mit diesem Thema. Mit Kosovo-Albanern habe ich Kirchen in Norddeutschland besetzt, als noch niemand an den bevorstehenden NATO-Einsatz im Kosovo dachte. Aus der Bundesregierung hieß es damals: Das ist kriminell, was ihr da macht, ihr habt kein Recht, den Kirchenschutz in Anspruch zu nehmen. Einige der Flüchtlinge gingen in die Illegalität, andere zurück in das Kosovo, bevor der Krieg begann, einige leben noch heute in Deutschland.

Andreas Pott: Im Kosovo war als ARD-Korrespondent bis unmittelbar vor Kriegausbruch auch *Elias Bierdel* tätig. Herr Bierdel, für Ihr humanitäres Engagement erhielten Sie verschiedene Auszeichnungen, so den *Georg-Elser-Preis* für Ihr Engagement für Flüchtlingsrechte im Jahr 2007 und 2010 den *Ute-Bock-Preis* für Zivilcourage. Wie kamen Sie mit unserem Thema in Berührung?

Elias Bierdel: Der Elser-Preis wurde verliehen für »Zivilcourage im Widerstand gegen staatliches Unrechtshandeln«. Den Preis überreichte mir Bundestagsvizepräsident *Wolfgang Thierse*. Das irritierte mich insofern, als dessen Parteifreund, der damalige Bundesinnenminister *Otto Schily*, mich kurz zuvor noch öffentlich angegriffen hatte. Ich fragte mich, was es bedeutet, mit diesem Preis geehrt zu werden, wenn man sich mit der Politik angelegt hatte, die uns zeigte, dass sie es nicht begrüßt, wenn man – wie wir mit der *Cap Anamur* im Sommer 2004 – die ›falschen‹ Flüchtlinge vor dem Ertrinken rettet und auch noch nach Europa bringt. Dafür behandelte man uns in Italien mit militärischen und anderen Maßnahmen und wir mussten einen jahrelangen Prozess über uns ergehen lassen. Offenbar hat die Politik andererseits auch ein Bedürfnis, zu demonstrieren, dass sie es gut findet, wenn Menschen sich engagieren. Das ist das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen. Der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage, den ich in Wien im Haus der Europäischen Union erhielt, lässt diesen Widerspruch noch deutlicher erkennen. Der Hausherr sagte in seiner Ansprache sinngemäß: Man wisse ja, dass es furchtbare Probleme an den Grenzen gäbe, und darum sei man so froh, dass Menschen sich hier helfend einsetzten.

Mit der Flüchtlingsthematik kam ich bereits als Kind in Berlin in Berührung. Wir wohnten in Staaken, 70 Meter von der Mauer entfernt. Von meinem Fenster sah ich auf die Grenzanlagen herunter. Seitdem bin ich der Überzeugung, dass diese Art, Menschen daran zu hindern, von hier nach dort zu gehen, der falsche Weg ist, damals ebenso falsch um Berlin herum wie heute rings um die Europäische Union.

Andreas Pott: Herr Dr. Hanning, Ihnen als einem Insider der bundesdeutschen Innenpolitik, der an der Eröffnung des *Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration* (GASiM) im Jahr 2006 beteiligt war und mit Organisationen wie dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei, dem BND, der Zollverwaltung und dem Bundesamt für Verfassungsschutz in enger Verbindung stand, stelle ich die Frage umgekehrt: Haben Sie, seitdem Sie 2009 als Staatssekretär des Bundesinnenministeriums ausgeschieden, noch etwas mit dem Thema zu tun?

August Hanning: Wir haben natürlich alle mit dem Thema zu tun und können es in den Medien verfolgen, wenn Menschen bei ihrer Flucht zu Schaden kommen. Intensiv hat mich das Thema während meiner beruflichen Tätigkeit beschäftigt. Das begann in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin. Damals, während der Zeit des Bürgerkriegs im Libanon, gab es eine Situation der offenen Grenzen. Über Ostberlin reisten Tausende spätere Asylantagsteller ein. Die Folgen sind bis heute sichtbar: In Berlin-Neukölln lebt ein großer schiitischer Bevölkerungsteil

aus dem Libanon, der wenig integriert ist und große Probleme bereitet. Darum meine ich, dass man bei der Flüchtlingspolitik auch immer die Frage der Integration einbeziehen muss. Andernfalls bekommen wir eine Einwanderung zu Lasten der Sozialsysteme und ein Problem mit Parallelgesellschaften. Das ist nicht nur in Großbritannien und Frankreich zu beobachten, sondern auch in Deutschland, sei es in Neukölln, in Duisburg, in Teilen von Hamburg und Bremen, auch in Süddeutschland.

Der zweite Aspekt war schon damals die Einschleusung von Menschen. Bis heute spielt die Schleuserkriminalität eine große Rolle. Sie ist häufig eng verbunden mit Drogen- und Menschenhandel. Das interessiert die Sicherheitsbehörden natürlich ganz besonders. Als BND-Präsident habe ich öffentlich die Frage der Bekämpfung solcher Schleusungsorganisationen erörtert. In der Türkei habe ich mit Behörden diskutiert, denn es gab und gibt große Probleme mit Transitländern wie der Türkei. Der Chef des türkischen Nachrichtendienstes bestätigte mir, dass die Schleuser mit illegalem Menschenhandel mehr verdienen als mit dem Drogenhandel.

Die Sicherheit der EU-Außengrenzen ist ein weiterer Aspekt. Zwar liegen wir in Deutschland in der Mitte Europas, mit allen Vorteilen, aber gelegentlich auch Nachteilen, z.B. hinsichtlich einer zunehmenden Verkehrsdichte. Auch Deutschland hat aber eine Aufgabe im Rahmen des Schengen-Systems, in dem jedes Land für die Sicherung der Außengrenzen der EU mitverantwortlich ist. Das stellt manche Länder vor besondere Probleme, was wirksame Grenzkontrollen und die Frage der Abwicklung von Asylbewerbern betrifft, vor allem die Mittelmeerländer.

Die Flüchtlingsproblematik ist ein Thema, das jeden angeht, denn es wirft schwierige administrative, praktische und moralische Fragen auf.

Andreas Pott: Herr Dr. Hanning, bitte fahren Sie direkt mit Ihrem Eingangstatement fort.

August Hanning: Ich möchte mein Statement mit einer vielleicht überraschenden Aussage beginnen: In seiner Geschichte war Deutschland immer ein *klassisches Einwanderungsland*. In vielen norddeutschen Städten findet man noch heute holländische Viertel. Ein Land wie Preußen gewann durch Zuwanderer enorm. Brandenburg wäre ohne hugenottische Zuwanderung, das Ruhrgebiet ohne polnische Zuwanderung nicht so entstanden. Das Deutsche Reich hat stark durch die Zuwanderung verfolgter Juden aus den Ghettos Osteuropas gewonnen. Und das Wiedererstarken Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wäre nicht ohne die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten möglich gewesen. Deutschland war ein klassisches Einwanderungsland, und hatte damit großen Erfolg.

Heute müssen wir im Unterschied dazu feststellen, dass die Zuwanderung der letzten Jahren Probleme bereitet hat. Warum? – Früher kamen Zuwanderer mit dem gleichen kulturellen Hintergrund zu uns. Sie hatten den Willen zur Integration, und fanden in diesem Land eine Integrationsperspektive. Preußens König *Friedrich der Große* verband mit der Zuwanderung sogar weitreichende Erwartungen für sein Land.

Aber in den 1990er-Jahren hat Deutschland mehr Zuwanderer aufgenommen als die klassischen Einwanderungsländer Kanada oder Australien. Wir waren *de facto* das größte Einwanderungsland weltweit, ohne eine *Einwanderungspolitik* zu haben. Erst in den letzten Jahren haben wir, leider sehr spät, mit dem Zuwande-



August Hanning

rungsgesetz und den darüber geführten politischen Diskussionen begonnen, ein Zuwanderungs- und Integrationskonzept zu entwickeln. Daraus folgt meine Grundthese: Die Flüchtlingsthematik muss immer auch im Zusammenhang mit einer Integrationsperspektive gesehen werden. Zwar kann man *hoffen*, dass Flüchtlinge nur vorübergehend in Deutschland bleiben, aber die Erfahrung lehrt, dass sie sehr oft auf Dauer bei uns bleiben. In jüngster Zeit hat unser Land in einigen Fällen Zuwanderer aufgenommen, die gut integriert wurden. Über 300.000 Serben kamen zu uns; sie bereiten keine großen Probleme. Über 300.000 Iraner wurden nach dem Umsturz im Iran hier aufgenommen, ohne große Probleme. Viele hervorragende Ärzte und Ingenieure kommen aus dieser Gruppe von Zuwanderern.

Probleme gibt es aber dadurch, dass manche Zuwanderer aus bildungsfernen Schichten stammen und größte Probleme bei der Adaption an die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland haben. Viele von ihnen glaubten selbst, nur für eine kurze Zeit in Deutschland zu bleiben. Auch wir nahmen an, dass diese Leute wieder zurückgehen würden. Unter dem Mantel der Toleranz haben wir uns um diese Dinge nicht gekümmert. Das

war aber nicht nur Toleranz, sondern auch ein Gutteil Ignoranz. Erst seit wenigen Jahren haben wir deutlich die Forderung formuliert, dass diejenigen, die bei uns auf Dauer leben wollen, die deutsche Sprache beherrschen müssen, dass sie einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben müssen, dass man ihnen eine vernünftige Perspektive im Staatsbürgerschaftsrecht anbieten muss – all das, was wir im Zuwanderungsgesetz verwirklicht haben.

Für das Flüchtlingsthema ist die Erinnerung daran wichtig, dass jeder Staat sich aus Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt definiert. Jeder Staat muss selbst darüber bestimmen, wer auf seinem Gebiet lebt und wer nicht. Dieses Prinzip liegt auch unserem Ausländer- und Aufenthaltsrecht zugrunde. Darin ist geregelt, dass diejenigen, die zu uns kommen, einer besonderen Genehmigung bedürfen, also z.B. ein Visum brauchen. Der Anspruch jedes Landes, zu bestimmen, wer in seinem Staatsgebiet wohnt, ist allerdings vielfach durchbrochen – an der Spitze der Ausnahmen steht die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Wer EU-Bürger ist, hat das Recht, sich in einem EU-Land seiner Wahl niederzulassen. Daneben gilt die *Genfer Flüchtlingskonvention* mit einer Fülle von Vereinbarungen, die Staaten verpflichten, Flüchtlinge und Asylbewerber unter bestimmten Voraussetzungen aufzunehmen. Die praktische Umsetzung dieser Verpflichtung kann zu Problemen führen, wie sie in Deutschland in den 1990er-Jahren entstanden. In Deutschland haben wir inzwischen auf der Grundlage des Asylkompromisses eine Praxis entwickelt, die im Einklang mit dem Sozialstaatsprinzip steht. Probleme gibt es an den Außengrenzen der EU, etwa in den Ländern am Mittelmeer und auf den Kanarischen Inseln. Die Frage ist, wie kontrollieren wir unsere Außengrenzen? Wollen wir sie überhaupt kontrollieren?

In dieser Frage sind wir vermutlich unterschiedlicher Meinung. Die Statistiken des *Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen* UNHCR geben für 2008 weltweit 42 Mio. Flüchtlinge an. Vier Fünftel von ihnen werden *in* den Entwicklungsländern gezählt, die größten Zahlen erreichen Pakistan, Iran, Syrien und die Länder des mittleren Ostens. Erst an 26. Stelle dieser Liste der Aufnahmeländer folgt als erstes Industrieland Deutschland. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen haben ganz unterschiedliche politische und ökonomische Ursachen. *Bad Governance*, schlechte Regierungsführung, ist einer der wichtigsten Gründe. Dass Regierungen trotz ausreichend vorhandener Ressourcen nicht in der Lage sind, ihre Länder ordentlich zu regieren, können wir in Afrika in einigen Staaten, z.B. in Simbabwe, feststellen. Wie sollen wir mit weltweiten Flüchtlingsströmen umgehen? Eine mögliche Antwort ist: Alle, die ›mühselig und beladen‹ sind, sollten wir nach Europa einladen. Dafür gäbe es gute Gründe, wie die schwierige demografische Entwicklung mit ungebrochenem Geburtenrückgang oder den künftig absehbaren Arbeitskräftebedarf.

Aber wir sollten sehr vorsichtig sein und Zuwanderung nur zulassen, wenn wir den Betroffenen eine hinreichende Integrationsperspektive geben, d.h. die Möglichkeit, bei uns zu arbeiten und sich ins Erwerbsleben zu integrieren, nicht aber eine Zuwanderung in unser Sozialsystem erlauben.

Heute ist die Zahl der Hartz IV-Empfänger im Kreis der Zugewanderten dreimal höher als in der einheimischen Bevölkerung. Deswegen sollten wir uns bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme darauf konzentrieren, dass die Fluchtursachen vor Ort gelöst werden. Wir können nicht die Probleme in Afghanistan durch die Aufnahme der Flüchtlinge hier in Europa lösen, ebenso wenig die Probleme der Flüchtlinge, die aus Simbabwe und anderen Ländern nach Südafrika kommen. Europa ist nicht in der Lage, diese Flüchtlingsströme aufzunehmen. Eine intelligente Politik zu entwickeln, hieße, denen Hilfe zu geben, die vor Ort die Flüchtlingsprobleme wirklich erleiden. Wir sollten nur diejenigen aufnehmen, die anderswo keine Aufnahme finden. So hat Bundesinnenminister *Schäuble* die Aufnahme von Irakflüchtlings gehandhabt. Er entschied seinerzeit: Wir nehmen 5.000 Irakflüchtlings auf. Das war eine europäische Initiative, die breite Akzeptanz fand. Wir haben uns auf diejenigen konzentriert, die in Syrien oder Jordanien schwer zu integrieren gewesen wären, und das wurde auch in der Bevölkerung akzeptiert.

Es ist wichtig, bezüglich unserer Zuwanderungs-, Integrations- und Flüchtlingspolitik die Akzeptanz der Bevölkerung nicht zu verlieren. Blickt man in die Niederlande – früher immer der Hort der Liberalität – oder betrachtet die Lage in Dänemark, erkennt man, dass die Politik sehr achtsam und behutsam sein muss, damit nicht unversehens eine Stimmungslage entsteht, wie es sie bei uns in den 1990er-Jahren punktuell gab. Damals zeigten Wahlergebnisse wie etwa die der NPD in Baden-Württemberg und anderswo eine wachsende ausländerfeindliche Stimmung.

Besonders die *illegale* Migration ist ein großes Problem. Jedes Land muss bestrebt sein, zu verhindern, dass sich in seinem Staatsgebiet Bürger illegal aufhalten, denn das ist eine Quelle von Straftaten. Von Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht setzt sich dies oftmals fort zu Eigentumsdelikten. Mit Familien, die sich illegal hier aufhalten, ist ein rechtsförmiger Umgang schwer möglich: Wollen wir den Kindern den Schulbesuch verwehren? Wie sieht es aus mit der Gesundheitsversorgung? Wir haben immer versucht, in diesen Fragen Kompromisse zu finden. Grundsätzlich ist jeder Schulleiter verpflichtet, Schüler zu melden, die sich illegal hier aufhalten. In schwierigen Gesprächen haben sich die Innenminister darauf verständigt, dass Versuche in den Schulen, hier aufwachsende Kinder vernünftig zu integrieren, Vorrang vor der Meldepflicht haben. Wir haben Amnestien erlassen und Bleiberechtsregelungen gefunden, was in der Praxis immer möglich ist. Ich betone nochmals, dass wir eine Zuwande-

rungepolitik brauchen. Wir haben sie in Ansätzen entwickelt, müssen sie weiterentwickeln und den Flüchtlingen, die zu uns kommen, nicht nur eine Heimstatt bieten, sondern auch eine Integrationsperspektive in unserer Gesellschaft.

Andreas Pott: Dass Deutschland »ein klassisches Einwanderungsland« ist, ist ein bemerkenswertes Urteil, das man bisher nicht oft hören konnte.

Ich bitte nun Sie, Herr Bierdel, uns Ihre Position vorzustellen.

Elias Bierdel: Wir wissen einiges darüber, was an den Außengrenzen der ›Festung Europa‹ geschieht. Zwischen 1998 und 2010 wurden 15.500 Tote an den EU-Grenzen registriert, zumeist Ertrunkene, die auf den Kanarischen Inseln, vor Gibraltar, auf Lampedusa, in der Ägäis und anderswo gefunden wurden. Zu dieser verlässlichen Zahl kommen *Schätzungen* der weiteren

Todesopfer, die diese hochgefährliche Reise am Ende mit dem Leben bezahlten. Die Schwierigkeit dabei ist, dass Menschen, die gezwungen sind oder sich gezwungen sehen, unter den Bedingungen der Illegalität, also heimlich, von irgendwo aufzubrechen, auf keiner Passagierliste und in keiner



Elias Bierdel

Hafenbehörde registriert sind, sondern nachts losfahren mit einem Boot in eine Richtung, in der sie eine bessere, lebenswerte Zukunft für sich erhoffen. Die Regierung der Kanarischen Inseln, eine wegen der Einnahmen aus dem Tourismus wichtigen Autonomen Region Spaniens, schätzt, dass im Jahr 2006 allein vor den Kanarischen Inseln 6.000 Menschen bei dem Versuch, Europa ein Stück näherzukommen, verschwunden sind. Die Europäische Kommission geht von 3.000 bis 4.000 Toten pro Jahr aus, allerdings im gesamten Geschehen, auch auf dem afrikanischen Kontinent.

Dass es in der EU eine *gemeinsame Migrationspolitik* geben würde, ist aus meiner Sicht bisher nicht feststellbar. Was es gibt, ist eine zunehmende Verständigung darüber, wie man unerwünschte Ankünfte von Migranten

unterbinden kann, nämlich mit militärischen Mitteln und nach militärischen Maßgaben. Dafür gibt es die in Warschau ansässige EU-Agentur *Frontex* zur ›Koordinierung der Sicherung an den Außengrenzen‹. Der Chef ist ein Brigadegeneral der finnischen Grenztruppen, *Ilkka Laitinen*. Unter seiner Führung arbeiten Angehörige auch der deutschen Bundespolizei, ebenso wie Angehörige militärischer und paramilitärischer Einheiten anderer EU-Länder. Sie sind damit beschäftigt, Menschen, die z.B. auf See versuchen, Europa zu erreichen, zu stoppen und ›zur Umkehr zu bewegen‹. Man muss diese Formulierung, die fast gleichlautend in den Gesetzen und Verordnungen in Italien, Spanien, Griechenland enthalten ist, einmal genauer betrachten: Boote stoppen und ›zur Umkehr bewegen‹, was heißt das? Es ist erschütternd anzusehen, in welchem Zustand Menschen sind, die nach tage- oder sogar wochenlanger Fahrt in so einem elenden Boot sitzen. Sie sind desorientiert, viele wissen nicht, wohin sie unterwegs sind, versuchen einfach, irgendwohin zu gelangen. Sie sind gesundheitlich, psychisch in sehr schwierigem Zustand. Die *Frontex*-Einheiten, die sich ihnen entgegenstellen, um sie zu stoppen und ›zur Umkehr zu bewegen‹, erlauben nicht einmal, dass Verletzte an Bord eines unter EU-Dienstflagge fahrenden Schiffes behandelt werden, denn sie könnten ja dort einen Asylantrag stellen. So versucht man zu verhindern, dass Menschen das in Europa verbrieftete Recht beanspruchen, in großer Not um Schutz und Hilfe, also um Asyl zu bitten. Auch auf den Nachbarkontinenten, in Asien in der Türkei etwa, wie auch in Afrika sind europäische Beamte damit beschäftigt zu verhindern, dass irgendjemand noch hierherkommen kann, den man nicht haben möchte. Das ist eine schauerliche Politik.

Über die Details solcher Vorgänge erhalten sogar Parlamentarier keine Informationen, denn die sind ›geheim‹. Auch die Öffentlichkeit oder Vertreter von Menschenrechtsorganisationen erfahren weder Einzelheiten der Einsatzplanung der *Frontex*-Einheiten oder beteiligter nationaler Stellen, noch, zu welchen Vorfällen es im Einzelnen gekommen ist. Nur sporadisch bekommen wir Informationen über die Dramen auf See, etwa von Kollisionen zwischen Schiffen europäischer Behörden und Flüchtlingsbooten, die aber in Wahrheit nahezu alltäglich sind. Mit der Formulierung ›Menschen kommen zu Schaden‹ ist dies nur unzulänglich angedeutet. Dort entsteht eine Art kriegerischer Situation. So bezeichnet es auch *amnesty international*. Was dort draußen begonnen hat, nimmt immer mehr die Formen eines nicht erklärten Krieges gegen Flüchtlinge an.

Auch an Land sind Tote zu beklagen, z.B. an den Grenzzäunen der europäischen Städte in Afrika, der Enklaven Ceuta und Melilla. Als bei uns im Jahr 1990 die Grenzen fielen, wurden sie dort wieder aufgestellt: in Ceuta und Melilla beherrschen Metallgitterzäune, Wachtürme, Stacheldraht und Soldaten das Bild. Und es gibt einen Schießbefehl: Dort wird

geschossen, wenn auch offiziell nur mit Gummigeschossen. Es gibt aber zahllose dokumentierte Fälle von Schwerverletzten und Toten, die aus Nahdistanz von Gummigeschossen getroffen wurden und schwerste Verletzungen der Schädelknochen, des Jochbeins, der Augäpfel und Ähnliches erlitten.

Ein anderer Teil unserer gemeinsamen Außengrenze ist sogar *vermintes Gelände!* Das ist der Fall am Grenzfluss Evros zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei. An diesen Fluss werden Menschen von Schleppern geführt, und dort droht ihnen, dass sie zu Opfern explodierender Minen werden. Die Schlepper sagen: Geht dort drüben hin, wo die Lichter sind, und meldet euch bei der Polizei. Sie sagen nicht, dass 150 Meter nach dem Flussufer die Minengürtel beginnen. Auf einer Strecke von etwa 240 Kilometern liegen dort etwa 1,2 Mio. Landminen. Es ist aber nicht die deutsche Bundesregierung, die sich mit aller Macht dafür einsetzt und Experten schickt, um diese schrecklichen Minen wegzuräumen. Im Gegenteil, sie verkaufte den Griechen aus Beständen der deutschen Bundeswehr zehn Minenlegefahrzeuge vom Typ Skorpion. Warum kann sich Europa in diese barbarische Richtung entwickeln?

Und dann noch der vielleicht wichtigste Punkt: Wie ist Europa daran beteiligt, Menschen zum Verlassen ihrer Heimatregionen zu zwingen? Es reicht nicht, zu sagen: Wir können die Probleme Afghanistans nicht in Europa lösen. Umgekehrt: Europa, speziell Deutschland, ist doch sehr stark daran beteiligt, was in und um Afghanistan herum passiert. Wird dort nicht unsere ›Freiheit am Hindukusch‹ verteidigt? Wir können nicht sagen, dass uns die entstandenen Flüchtlingsprobleme nichts angehen.

Das gilt auch für andere Formen der ›Kriegführung‹, wie z.B. die wirtschaftliche: Weiterhin plündern die reichen Staaten, darunter Deutschland, fast gewohnheitsmäßig die Nachbarkontinente aus, wie gut sie nur können – entgegen aller Rhetorik und allen Beteuerungen, deren Entwicklung zu fördern und Nothilfe zu leisten. Es ist richtig, dass es in Afrika korrupte Regime gibt. Wir in Deutschland und Europa müssen uns aber auf unseren Teil der Verantwortung besinnen. Wir müssen feststellen, dass es auch unsere Politik ist, insbesondere die Handelspolitik, die diesen Staaten systematisch die Möglichkeit nimmt, sich so zu entwickeln, dass sie für uns zu Konkurrenten werden könnten. So werden Verträge z.B. über die Fischereirechte mit Mauretanien geschlossen. Die EU zahlt jährlich 86 Mio. Euro dafür, dass EU-Fischfangschiffe dort fischen können. Der gefangene Fisch ist dann aber 1,5 bis 2 Mrd. Euro wert. Solche Verträge schließt die Europäische Kommission ab, nicht etwa einzelne Firmen. Das hat man mit Recht einen »Krieg um die Ressource Eiweiß« genannt. Die EU-Meere sind weitgehend leergefischt, und nun jagen wir den Menschen im Westen Afrikas den letzten Happen Fisch von der Gabel. Wenn diese dann nur die

Perspektive sehen, sich einen Anteil am Reichtum dieser Welt in Europa zu holen, ist das nachvollziehbar.

Die jüngste Phase dieser ›Kriegführung‹ hat mit den katastrophalen Folgen des *Klimawandels* begonnen. Jetzt erwarten wir allen Ernstes, dass die ärmsten Länder Afrikas, wie immer, still duldend für uns die Zeche zahlen und unseren maßlosen Lebenswandel auch weiterhin für uns subventionieren. Denn am Klimawandel ist Afrika praktisch nicht beteiligt. Weniger als 5% der schädlichen Klimagase werden dort emittiert.

Es ist an der Zeit, dass wir uns – im eigenen Interesse – unserer Verantwortung stellen. Wer ist zuständig für Menschen, die in Subsahara-Afrika ihre Heimat verlieren, weil ein menschenwürdiges Leben dort nicht mehr möglich ist? Wer ist aufgerufen, sich ihrer anzunehmen? Ich meine, das könnten und sollten, das müssen wir tun. Wir müssen endlich unseren Teil der Verantwortung übernehmen! Dagegen steht aber eine Politik, die irrational und heuchlerisch ist. Da wird alles in einen Topf geworfen: Problematisiert wird die Zuwanderung, die wir angeblich nicht wollen, und die Frage, ob dieses Land ein Einwanderungsland ist oder nicht. Dreißig Jahre lang hieß es, Deutschland sei kein Einwanderungsland, um jetzt feststellen zu können: Die Integration hat nicht funktioniert. Das wundert nicht, wenn zugleich eine Politik betrieben wird, die ignoriert, was sich verändert, aber anschließend unlösbare Probleme konstatiert.

Ich plädiere dafür, dass wir nicht länger wegschauen von diesen Problemen, die uns alle belasten. Ein kluges Wort von *Herbert Leuninger*, dem Mitbegründer der Hilfsorganisation *pro asyl* und früheren katholischen Priester, möchte ich zitieren: Er nennt die Menschen in den Booten »Botschafter der Ungerechtigkeit«.

Andreas Pott: Herr Bierdel, mit dieser Schilderung machen Sie aufmerksam auf die Militarisierung der Grenzsicherung einerseits und auf die Mitverantwortung der europäischen Länder andererseits für die Entstehung dieses Phänomens.

Inwiefern die Politik auf verschiedenen Ebenen daran beteiligt ist, wird uns Frau Beer aus ihrer Erfahrung als Parlamentarierin schildern können.

Angelika Beer: Da könnte ich aus der Zeit berichten, in der ich als Bundesvorsitzende der GRÜNEN mit Innenminister *Otto Schily* das Zuwanderungsgesetz zu verhandeln hatte.

Herr Hanning forderte, die Ursachen der Fluchtbewegungen an deren Ausgangspunkt, vor Ort, anzugehen. Dazu bräuchte man neue Konzepte, neue Freiheiten, auch eine neue moralische Instanz – mit der Stärke, eigene Fehler der Vergangenheit, aber auch der Gegenwart und möglicherweise der Zukunft zu benennen. Leider käme Deutschland damit zu spät. Für

mich stellt sich die Frage, welche Verantwortlichkeit bzw. Zuständigkeit heute Deutschland *und* die Europäische Union haben. Die EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten wird zu Recht immer noch als ein *Friedensprojekt* gesehen. Sie ist ein Bündnis von Staaten, das keine Gefahr für seine Nachbarn sein will. Die aktuellen Herausforderungen, die der Klimawandel, die Frage der Energiesicherheit, die Außen- und Sicherheitspolitik, die EU-Erweiterung, die Migrations- und Flüchtlingspolitik oder der Kampf gegen den internationalen Terrorismus bedeuten, können nicht mehr in sauber voneinander getrennten Parlamentsausschüssen diskutiert werden. Diese Problemstellungen müssen im Zusammenhang behandelt werden, denn es handelt sich um übergreifende Problematiken. Auch die Antwort auf die Flüchtlingsproblematik ist eine Querschnittsaufgabe. Mit der Verabschiedung des Lissabonner Vertrages und der »Dublin II«-Verordnung wurde tatsächlich eine Weichenstellung vorgenommen. Die Frage ist, ob die Regierungen der Länder, die vom »Friedensprojekt Europa« profitieren, dessen historischen Fortschritt nicht nur in der Rückschau anerkennen, sondern ob sie den daraus erwachsenden Verpflichtungen für Gegenwart und Zukunft genügen wollen. Vor diesen Verpflichtungen die Augen zu verschließen, wäre nicht untypisch. Das Feld der Migrations- und Asylpolitik gäbe nur ein Beispiel ab für eine Politik, die sich nicht als friedentiftender Akteur in einer globalen Welt sieht, nicht die Leitlinien des *gemeinsamen* Handelns erkennt, sondern immer wieder in Re-Nationalisierungen zurückfällt. In Europa werden heute *de facto* mehr Instrumente der Abschottung aufgebaut als Möglichkeiten geschaffen, die Ursachen von Flüchtlingsströmen zu bekämpfen.



Angelika Beer

Sicher, wir müssten diese Ursachen bekämpfen. Aber man muss erkennen, dass die Europäische Union in Teilen dies geradezu verweigert. Wir haben eine Situation, in der innenpolitischer Populismus, gepaart mit nationalen Repressionsinstrumenten, die Entwicklung einer humanitären,

menschengerechten europäischen Migrationspolitik blockiert und verhindert. Gebraucht wird aber ein kohärentes politisches Konzept, das legale Einwanderung nach Europa ermöglichen und die Fluchtursachen bekämpfen muss. Das aber ist gar nicht mehr in der Diskussion! Ich sage das als Vorsitzende des internationalen parlamentarischen Netzwerkes für Konfliktprävention. Wir engagieren uns viel in Afghanistan, Pakistan – im Iran weniger. Wie weit ist bekannt geworden, dass der Iran das Grenzgebiet zu Pakistan mit einer Mauer abgesichert hat, nachdem während der Kampfeinsätze des Krieges in Afghanistan eine Massenflucht von Afghanen auf iranisches Gebiet eingesetzt hatte? Deutsche Experten und Berater wurden herangezogen, um zwei Länder, die im islamischen Raum zusammengehören, durch eine Mauer zu trennen – eine Mauer, sehr viel länger als die frühere zwischen West- und Ostdeutschland.

Täglich sterben weltweit 25.000 Menschen an Hunger. Über eine Milliarde Menschen kann sich nicht ausreichend ernähren. Zahlreiche Studien weisen, wissenschaftlich belegt und unwidersprochen, darauf hin, dass in wenigen Jahren der *Wassermangel* Ursache für neue, auch kriegेरische Auseinandersetzungen sein wird. Das wird neue Fluchtbewegungen erzeugen, denn Menschen können ohne Wasser nicht leben. Wie wollen wir diese Misere vor Ort lösen, wenn wir unsere Verpflichtung zur Solidarität nicht anders, verbindlicher, definieren? Das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR schätzt die Zahl der Flüchtlinge auf weltweit 10,5 Millionen. Dabei sind Flüchtlinge innerhalb eines Landes, sog. Binnenflüchtlinge, nicht mitgerechnet. In Pakistan gibt es aber 1,3 Mio. Binnenflüchtlinge, mit zunehmender Tendenz, denn der grenzüberschreitende Antiterrorkampf in Afghanistan und Pakistan involviert beide Länder. In dieser Lage hat das Auswärtige Amt beschlossen, Pakistan als Unterstützung für die Flüchtlinge im Land 2 Mio. Euro bereitzustellen – ein schlagzeilenträchtiger humanitärer Akt. Rechnerisch entspricht die Summe einem Betrag von 1,25 Euro pro Flüchtling. Und gleichzeitig unterstützen wir die NATO-Einsätze in Pakistan, bei denen auch Zivilisten umkommen.

Das Versagen der Politik der Europäischen Union wird auch in der Berichterstattung über die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika sichtbar. Zwei Wochen lang war im Zusammenhang mit Südafrika ausschließlich vom Fußball die Rede. Gleichzeitig wissen wir, welche Bilder aus den Medien herausgehalten werden. Der EU-Grenzschutzorganisation »Frontex« wurde mehrfach erwähnt. Frontex ist nachweislich mitverantwortlich für den Tod von Flüchtlingen! Diese Grenzschutzeinrichtung ist parlamentarisch nicht kontrolliert, weder durch das Europaparlament noch durch den Deutschen Bundestag. Ich habe mich vergeblich bemüht, zu erfahren, wie die Ausbildung von Frontex-Polizisten, die für Deutsche zentral in Lübeck stattfindet, aussieht. Frontex hat den Auftrag: Abwehr von Flücht-

lingsströmen anstatt Solidarität und Überlebenshilfe. Wer diesem Grenzschutz in die Quere kommt, weil er eine Verpflichtung verspürt, Menschen zu retten, wird wie Elias Bierdel und andere von der Cap Anamur kriminalisiert und mit Gerichtsverfahren überzogen. Es wäre eine Selbstverständlichkeit gewesen, nach der Verhaftung die sofortige Freilassung der Cap Anamur und ihrer Besatzung einzufordern. Keine der Parteien und auch nicht die Bundesregierung hatte die Courage, das zu tun. Inzwischen hat das Antifolterkomitee des Europarates schwere Vorwürfe gegen Italien wegen Verletzung der Menschenrechte erhoben, was ohne Folgen blieb. Weiterhin wird die Praxis der Flüchtlingsabwehr auch mithilfe von Lügen legitimiert. Das findet sich sogar in offiziellen Papieren der Europäischen Kommission wieder. Ende 2009 forderte die Europäische Kommission den Europarat zu »engerer Kooperation« auf, um »noch bestehende Schwierigkeiten zu verringern«. Man ist also weiterhin bereit, Menschenleben zu opfern.

Das Problem des Umgangs mit Schlepperbanden kann ich mit einem weiteren Beispiel ergänzen: Mit Marokko hat die EU ebenfalls einen Vertrag über Fischereirechte geschlossen und damit die Lebensgrundlage der Bevölkerung in der Westsahara infrage gestellt. Daran zeigt sich, dass die Europäische Union mit ihrer Fischereipolitik selbst einer Schlepperbande gleicht. Sie sorgt dafür, dass die kleinen Fischer, deren Gewässer leer gefischt wurden, ihre Boote für den Flüchtlingstransport an Schlepper vermieten. Die Reise geht dann nach Lampedusa oder zu den Kanarischen Inseln, wo die Flüchtlinge in der Regel nicht das Recht bekommen, Asylanträge zu stellen, oder sie endet im schlimmsten Fall mit Untergang und Tod. Vor einigen Jahren waren Elias Bierdel und ich auf den Kanarischen Inseln, um eines der Bootsflüchtlingscamps zu besuchen. Wir wussten, dass dort etwa 250 Flüchtlinge angekommen waren. Am Tag, als wir die Besuchsgenehmigung erhielten, waren noch fünf Flüchtlinge da. Die übrigen waren nachts abtransportiert worden, ohne Mitteilung, wohin.

Wenn wir glaubwürdig sein wollen, müssen wir aus Fehlern und aus erkannter Verantwortung lernen. Um die Vertreibung der Kosovo-Albaner zu verhindern, wurde im ehemaligen Jugoslawien sogar ein Krieg geführt, obgleich die EU sich auf alle Zeit zu einer Friedenspolitik verpflichtet hat. Auch die deutsche Regierung und die im Bundestag vertretenen Parteien haben dem Einsatz in Jugoslawien zugestimmt. Umso mehr gilt nun, dass wir nicht blind sein dürfen gegenüber den Verfolgungen der Roma und der serbischen Minderheit, die heute keine gesicherte Existenz im Kosovo haben. Die, die wir damals geschützt haben, praktizieren heute selbst Vertreibungen. Also dürfen wir nicht tun, was die Innenministerkonferenz im Frühjahr 2010 beschloss, nämlich geflüchtete Roma aus Deutschland ins Kosovo abzuschieben. Solange europäische, deutsche, amerikanische

oder australische Regierungen nur *scheinbar* eine Einwanderungspolitik betreiben, aber die Todesopfer unter den Flüchtlingen kaum zahlenmäßig registrieren, geschweige denn als Opfer ihrer Politik zur Kenntnis nehmen, kann man diese Politik nur verachten. Mein Appell ist, eine andere Richtung einzuschlagen: Wir brauchen hier ein neues Politikverständnis.

Andreas Pott: »Nicht böse Schlepper und Schleuser haben Schuld an den Flüchtlingsdramen, sondern unsere Migrationspolitik«. So hat es einmal der Journalist *Franz Alt* formuliert. Hat diese Aussage ihre Berechtigung? Was wäre zu tun, dies zu ändern? Wie könnte eine Politik aussehen, die nicht länger Zustände hervorbringt, die wir heute kritisieren?

August Hanning: Die angesprochenen Roma sind im Kosovo eine Minderheit, die dort seit Langem lebt, so wie es auch andere Minderheiten auf dem Balkan gibt. Kann man Minderheitenprobleme im Kosovo dadurch lösen, dass man diese Minderheiten nach Deutschland holt und so den Vertreibungen noch Vorschub leistet? Sollen wir auch die Minderheit der Jesiden aus der Türkei aufnehmen? Und ist es richtig, dass türkische Christen fast nur noch in Deutschland leben? Dürfen wir zulassen, dass Staaten sich ihrer Minderheiten dadurch entledigen, dass sie sie nach Deutschland vertreiben? Das ist, so meine ich, nicht in Ordnung.

Man muss auf die Staaten einwirken, die hierfür Verantwortung tragen. Für die Probleme in Afrika, etwa in Simbabwe, tragen eben nicht nur die Kolonialmächte Verantwortung. Heute kommen die größten Flüchtlingsströme aus dem einst blühenden Land nach Südafrika und verursachen dort große Probleme. Staatschef *Mugabe* hat unrecht, wenn er behauptet, dies sei eine Folge der Kolonialherrschaft. Die afrikanischen Eliten, die eine große Verantwortung tragen, versagen zum Teil erheblich. Schlechte Regierungsführung, *bad governance*, ist einer der entscheidenden Faktoren. Es gibt ein beachtliches Wirtschaftswachstum in Afrika. In Ruanda, in Sierra Leone und im Kongo aber ist z.B. das Problem der sog. Blutdiamanten entstanden. Es ist wie ein Fluch, dass offenbar auch Reichtum dazu führt, dass Bürgerkriegsarmeen etabliert und dadurch wieder Flüchtlingsströme hervorgerufen werden.

Die EU leistet einiges in Form von Hilfsprogrammen und Entwicklungshilfen. Aber alle Geldtransferleistungen werden nicht viel bewirken, solange das Problem *bad governance* bestehen bleibt, mit korrupten Regierungen, die nicht zum Wohl ihrer Bevölkerungen arbeiten.

In Afghanistan ist Deutschland engagiert, um dort Verhältnisse zu schaffen, die ein stabiles Afghanistan ermöglichen. Leider haben wir – die internationale Staatengemeinschaft und auch wir Deutschen – dieses ehrgeizige Ziel bisher noch nicht erreicht, das muss man einräumen. Aber

es gibt viele Bereiche in Afghanistan, in denen durchaus Erfolge erzielt wurden, z.B. eine verbesserte Schulbildung und ein beachtliches Wirtschaftswachstum. Viele Regionen außerhalb des Siedlungsgebietes der Paschtunen leiden kaum unter den Bürgerkriegswirren. Auch Afghanistan hat seine Verantwortung wahrzunehmen. Es kann sich unliebsamer Minderheiten nicht dadurch entledigen, dass sie außer Landes vertrieben werden. Das sollten wir nicht akzeptieren.

Angelika Beer: Es spricht nichts dagegen, Staaten Verantwortung zuzuweisen. Man sollte es nur nicht permanent tun, ohne auch eigene Misserfolge oder Fehler zu benennen. Selbstkritik ist notwendig, um Politik verantwortlicher gestalten zu können. Im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien haben wir aus Hilflosigkeit Politikinstrumente – wie etwa Friedensschlüsse, die durchaus notwendig waren – eingesetzt, die einerseits zu spät kamen und andererseits faktisch die ethnische Trennung besiegelten. Die NATO führte für die Kosovo-Albaner einen Krieg, und heute müssen wir uns nicht zuletzt deswegen von der Idee eines multiethnischen Balkans verabschieden. Dieses Modell wollten wir ermöglichen, aber das wird auf der Grundlage der geltenden Rechtsverträge nicht funktionieren. Sicher müssen wir nicht alle Roma bei uns aufnehmen. Aber diejenigen, die es geschafft haben und seit Jahren in Deutschland leben und besser Deutsch sprechen als ihre Sprache, können nicht ins Kosovo zurückkehren. Es wäre im Moment einfach menschenverachtend, Roma-Flüchtlinge dorthin zu schicken.

Ein anderes Beispiel lehrt, dass es nicht nur um das Problem der Migration geht: Im jüngsten Wahlkampf in Australien veröffentlichte die dortige Regierung eine Prognose, der zufolge dem Land eine Übervölkerung durch Zuwanderung drohe. Das erzeugte natürlich Ängste. Kurz darauf beschloss die Regierung Australiens einen Asylstopp und hob den bestehenden Abschiebestopp für Migranten aus Sri Lanka und Afghanistan auf. Ist das nur Wahlkampf-Populismus? Oder zeigt sich darin nicht vielmehr eine menschenverachtende Politik, die international verbreitet ist und an den wachsenden Rechtspopulismus und -extremismus in Europa erinnert? Durch geweckte Ressentiments entsteht in unserer Gesellschaft eine Stimmung, die es immer schwieriger macht, eine vernünftige menschengerechte Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu konzipieren.

Sicherlich müssen wir jetzt auch nicht alle Menschen aus Gaza nach Deutschland holen. Aber gibt es etwas Grausameres, als dass die internationale Staatengemeinschaft seit Jahren akzeptiert, dass Menschen dort wie in einem Ghetto abgeriegelt sind und nicht mehr von außen versorgt werden dürfen? Der Protest gegen diese Praxis ist bisher recht gering.

Andreas Pott: Ich komme noch einmal auf die Flüchtlingsproblematik an den geografischen Rändern Europas zurück. Herr Bierdel, Sie sagen, das Problem sei ›hausgemacht!‹?

Elias Bierdel: Die Flüchtlingsproblematik an den Rändern Europas ist vielschichtig, und es wird öffentlich kaum angemessen darüber gesprochen. Es stellen sich hier tief greifende Fragen, die unsere Identität als Europäer berühren. Wenn wir erkennen, was dort wirklich los ist und um welchen Preis wir unsere ›Wohlstandsfestung‹ zu verteidigen suchen, müssen wir einräumen, dass unser humanes Wertefundament infrage gestellt wird. Wir sind hier in einen Widerspruch geraten und müssen versuchen, diesen Widerspruch aufzulösen.

Wenn Frau Beer als amtierende Abgeordnete im Europäischen Parlament von einer europäischen Agentur wie Frontex keine Auskünfte erhält, so zeigt sich darin die besondere Rechtsform dieser Agentur, die tatsächlich nicht von demokratisch gewählten Volksvertretern kontrolliert wird und nicht verpflichtet ist, Auskünfte zu geben. Selbst Ilkka Laitinen, Brigadegeneral der finnischen Grenztruppen und Chef von Frontex, weigerte sich im Europäischen Parlament, Fragen von Abgeordneten zu beantworten. Der Vorwand, mit dem Auskünfte verweigert werden, lautet sinngemäß: Wenn wir Einzelheiten unserer Einsatzstrategie bekannt geben würden, könnten sich die Schlepperorganisationen darauf einstellen – so, als ob dies jede Rechenschaftslegung erübrigte. Die Entwicklung, die Europa hier nimmt, ist gerade in diesem Bereich äußerst brisant.

Zu manchen dumpfen Ressentiments, die im Umlauf sind, gehört auch die Rede von der »Zuwanderung in die Sozialsysteme«. Die Wahrheit ist, dass die Ausländer mehr in die Sozialsysteme einzahlen, als sie daraus erhalten. Ausländische Mitbürger in Deutschland haben bezüglich unserer Sozialversicherungssysteme einen ›positiven Saldo‹, d.h. sie subventionieren die Sozialversicherung für Nichtausländer. Das wird leider nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen wird immer nur die Angst vor ›Überfremdung‹ geschürt, werden bestimmte Ausschnitte der Wirklichkeit dafür instrumentalisiert. Dagegen hilft nur, dass wir uns auf ein gemeinsames, sachlich begründetes Fundament stellen, denn die Größe der Probleme macht dies erforderlich.

Publikum: Herr Dr. Hanning, Sie sprachen von der »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Gibt es Belege für diese These?

August Hanning: Meine Aussage gilt für soziale Brennpunkte wie z.B. Berlin-Neukölln. Dort konzentrieren sich die Probleme, und das ist Folge einer fehlenden Einwanderungspolitik. In den 1990er-Jahren war Deutsch-

land ein Haupteinwanderungsland ohne Einwanderungspolitik. Die häufig gehörte Behauptung: »Deutschland ist kein Einwanderungsland« war nur die Entschuldigung dafür, dass es keine eigenständige Einwanderungspolitik gab. An sozialen Brennpunkten wie z.B. Neukölln lebt ein Großteil der Bewohner von Sozialleistungen, und das auch in der zweiten oder dritten Generation. Herr *Buschkowsky*, Bezirksbürgermeister von Neukölln, wird das bestätigen können.

Ich möchte nicht, dass in Deutschland *banlieues* entstehen wie in Frankreich, oder Verhältnisse wie im britischen Bradford. Wir brauchen in der Flüchtlingspolitik die Perspektive, wie wir die Bevölkerungen integrieren. Die sozialen Brennpunkte in Neukölln, Hamburg-Georgswerder, zum Teil in Duisburg, zum Teil in Köln, darf man nicht übersehen, sie sind ein großes Problem für unsere Gesellschaft, und dafür ist insbesondere unser Bildungssystem nicht hinreichend gerüstet.

Publikum: Als Gerichtsdolmetscher habe ich an vielen Prozessen teilgenommen. Häufig ging es dabei um Asylanträge von Afrikanern. Nur 4% davon wurden aufgrund der Härtefallinformationen anerkannt, 96% unter Bezug auf Gutachten des Bundesamtes für Migration abgelehnt. Es gab also durchaus eine ›Einwanderungspolitik‹, die sich als Nichteinwanderungspolitik erweist. Im Hauptberuf unterrichte ich als Studienrat und habe in meinen Klassen 60%-80% Kinder aus Jesiden- und Aleviten-Familien. Für mich sind es Kinder wie andere auch, ob sie einen deutschen Pass haben oder noch nicht. Außerdem erteile ich dem künftigen Mann meiner Nichte, einem irakischen Arzt, der für das Rote Kreuz arbeitet, Deutschunterricht, damit er seine Zulassung hier in Deutschland beantragen kann, und ich bin froh, dass ich ihm dabei helfen kann.

Nun meine Frage: Verfehlt nicht die hier geführte Diskussion längst die Realitäten? Sehen Sie nicht, dass die jüngere Generation der Deutschen längst eine neue Politik einfordert, die von den Realitäten ausgeht? Sehen Sie nicht, dass die Menschen, die da sind, längst akzeptiert werden und dass wir aufhören müssen, Menschen auszuschließen mit historisch überholten Vorbehalten?

August Hanning: Ich trete sehr dafür ein, dass wir diejenigen, die hier leben, vernünftig integrieren. Dabei ist es ganz entscheidend, dass wir unser Bildungssystem sehr viel stärker auf die hier lebenden Migranten ausrichten. Aber ich möchte eben nicht, dass wir den Fehler machen, Leute zu uns zu holen, ohne damit eine vernünftige Integrationsperspektive zu verbinden. Ein positives Beispiel sind allerdings die hier aufgenommenen Flüchtlinge aus dem Irak, denen eine Integrationsperspektive geboten wird.

Elias Bierdel: Ein Sonderprogramm speziell für Christen aus dem Irak kann nicht die Antwort sein, weder auf die Flüchtlingsproblematik noch auf die Frage der Regelung der Zuwanderung.

Die letzte Schilderung aus dem Publikum entspricht auch meinem Eindruck: Selbst wenn in Köln und in anderen Städten der Migrantenanteil in der Altersgruppe der Unter-Achtzehnjährigen bei knapp 50% liegt, kann man nicht behaupten, dass dort automatisch ›soziale Brennpunkte‹ entstehen. Sicher ist aber, dass sich die Frage nach der Gestalt der ›Mehrheitsgesellschaft‹ in diesem Land neu stellen wird, nicht nur in einzelnen Städten, sondern im gesamten Land. Was wäre daran so schrecklich? Warum gehen wir diese Frage nicht offensiv an? Es stimmt, die Deutschen bekommen immer weniger Kinder. Das liegt allerdings nicht an den Ausländern. Wenn die Schulen wachsende Anteile von Ausländerkindern verzeichnen, so zeigt sich hier der demografische Wandel. Wir sollten Menschen dazu ermutigen, diesen Wandel zu gestalten, und gemeinsam überlegen, wie es weitergehen soll. Ich zitiere gern ein Wort von *Peter Neher*, Präsident der Hilfsorganisation *Caritas International*, der zu dieser Frage sagte:

»Wir haben hier eine gut ausgebaute Infrastruktur für 85 Millionen Menschen. Gehen Sie mal davon aus, die wird auch weiterhin von 85 Millionen Menschen genutzt, nur die farbliche Zusammenstellung wird sich ändern.«

Es wird Zeit, dass wir klar benennen: Ja, wir haben vieles zu ändern, wir haben aber auch viel zu bieten. Nutzen wir die Chance zur Gestaltung, gemeinsam mit anderen, die hier leben. Und hören wir auf, sie über Generationen hinweg als Ausländer auszugrenzen! Oder ihnen z.B. das Wahlrecht vorzuenthalten. Wir sind in der Lage und gelassen genug, das anders zu gestalten.

Andreas Pott: Der jüngste Bericht des Sachverständigenrats für Integration und Migration weist darauf hin, wie erfolgreich Integrationsprozesse in den letzten Jahrzehnten tatsächlich gelaufen sind. Der Bericht macht aber auch darauf aufmerksam, dass wir in Europa nicht nur die Zuwanderung Hochqualifizierter brauchen, sondern Migration über das ganze Spektrum hinweg. Wie passt das zu einer Flüchtlingspolitik, einer europäischen Migrations*verhinderung*spolitik, die ein abschreckendes Image Europas erzeugt? Die Wirkung ist offensichtlich ein nicht ungewollter Bestandteil dieser Politik. Können wir uns diese Art von Umgang mit der Flüchtlingsproblematik überhaupt leisten? Ist das nachhaltige, zukunftsfähige Politik?

Elias Bierdel: Ich möchte ein weiteres Beispiel dafür geben, welche schrecklichen Dinge sich im Mittelmeer ereignen, um deutlich zu machen, wie sich die EU nach außen präsentiert – z.B. gegenüber tunesischen Fischern, die das Pech hatten, dazuzukommen, als vor ihren Augen ein Schlauchboot mit Flüchtlingen, darunter Frauen und Kinder, zu sinken begann. Das geschah 2008 vor Lampedusa. Diese Männer wussten, dass ihnen Ärger drohte, nämlich die Strafverfolgung als Schlepper. Daraufhin riefen sie die Küstenwache an und meldeten den Bootsuntergang. Die Küstenwache mit ihren Schnellbooten vor Lampedusa, etwa 12 Minuten entfernt, sagte: »Nichts anfassen! Wir kommen und



Angelika Beer, Andreas Pott, Elias Bierdel

kümmern uns darum«. Weil aber niemand kam, wollten die sieben Fischer – bei Windstärke fünf – nicht zuschauen, wie diese Menschen vor ihren Augen ertrinken. Sie stürzten sich in die Fluten und retteten, was zu retten war! Und sie schafften es, alle 44 Menschen von dem sinkenden Boot auf ihren Fischkutter zu retten. Dann traf die Küstenwache ein, setzte die Fischer fest und brachte sie in Agrigento vor Gericht, wo auch ich als Leiter der Hilfsaktionen der Cap Anamur wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt war.

Diese Fischer standen vor der gleichen Anklage; die beiden Kapitäne wurden zu zweieinhalb Jahren Haft und zu 400.000 Euro Geldstrafe verurteilt. Und man zerstörte ihre Fischerboote, sodass ihre Familien in Tunesien ohne Einkommensmöglichkeit sind. Wir versuchen, Hilfe für diese Familien zu organisieren, denn das, was die bisher von Europa kennengelernt haben, scheint uns stark verbesserungswürdig.

Publikum: Ich studiere Europäische Studien und interessiere mich für Entwicklungs- und Europapolitik, sehe aber keine Lösung für die diskutierten Probleme. Auf die aufgeworfenen, hoch moralischen Fragen gab es normative Antworten. Die Bekenntnisse, Flüchtlinge aufnehmen zu wollen und Immigranten in unsere Gesellschaft zu integrieren und gemeinsam den durch die Globalisierung begonnenen Wandel gestalten zu wollen, klingen

super. Aber die Kehrseite dieser Wunschvorstellungen ist doch, dass wir weiter die Flüchtlinge abwehren, weil wir verständlicherweise Angst davor haben, dass sie zu uns kommen. Deshalb frage ich, welche Möglichkeiten es gibt, diese Massen von Flüchtlingen von unseren Küsten fernzuhalten? Was können wir anderes tun, als sie mit Frontex an einer Einwanderung zu hindern?

Angelika Beer: Muss wirklich jemand vor Flüchtlingen Angst haben? Ich denke, Nein! Diese Angst wird produziert, und zwar meist nicht nur durch verantwortliche Politiker, sondern leider oft durch Medien, die ganz gezielt diese Ängste verschiedener Art wecken.

Wir brauchen keine Angst zu haben, auch nicht vor Tausenden von Iranern aus der Oppositionsbewegung, die im Iran niedergeschlagen, niederknüppelt wurden. Es war die Türkei, die Deutschland bat, einige Hundert von ihnen aufzunehmen. Alle waren überprüft worden, Terroristen waren nicht darunter, auch keine Islamisten. Aber wir sagten: Mehr als 20 davon können wir nicht verkraften.

August Hanning: Es ist leider nicht so, dass alles völlig konfliktfrei abläufe und es keine Angst in der Bevölkerung gäbe. In Berlin gibt es Bereiche, in die man abends nicht mehr gehen kann, in denen man bestimmte S- und U-Bahn-Linien nicht mehr benutzt. Hinzu kommt, dass in manchen Stadtvierteln den ohnehin Benachteiligten unserer Gesellschaft die Hauptintegrationslast aufgebürdet wurde. In Bonn-Tannenbusch z.B. wohnten bereits vor dem vermehrten Zuzug von Immigranten Menschen mit großen Problemen, z.T. aus bildungsfernen Schichten. Genau in diesen Gegenden, die schon vorher soziale Brennpunkte waren, siedelten sich die Immigranten an. Das verschlechterte die bereits zuvor bestehende schwierige Lage im Wohnumfeld und in den Schulen, wobei die Eltern der dort unterrichteten Kinder aufgrund ihres fehlenden Bildungshintergrundes, ihrer sozialen Stellung und ihres geringen Einkommens am wenigsten dazu in der Lage sind, die damit einhergehenden zusätzlichen Belastungen auszugleichen. Die Hauptlast der Integration tragen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft jene, die in ohnehin benachteiligten Gebieten wohnen. Wer nicht dazu gehört, kann leicht sagen: Ich habe keine Angst. Wer Integrationsprobleme hautnah erlebt, empfindet ganz anders. Angst ist nicht nur ein Medienproblem.

Elias Bierdel: Man muss doch fragen, ob wir wirklich bereit sind, Menschen, die zu uns kommen und uns vielleicht vor Probleme – welcher Art auch immer – stellen könnten, eher draußen auf dem Mittelmeer untergehen zu lassen, als ihnen zu helfen.

Es gibt einen konkreten Lösungsansatz. Die ›Frontstaaten‹ – so heißen sie aus Frontex-Sicht – wie z.B. Griechenland und der kleinste EU-Staat Malta, die mit dem Flüchtlingszustrom zunehmend Probleme haben, mahnen die übrigen EU-Mitglieder schon seit geraumer Zeit: Die Menschen, die da kommen, wollen ja nicht nach Malta, sondern nach Europa. Der Vorschlag dieser Länder an der gemeinsamen Außengrenze ist, auch die Verantwortung gemeinsam zu teilen und die Ankommenden nach einem Schlüssel auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu verteilen, anstatt sie ertrinken zu lassen. Ausgerechnet die deutsche Bundesregierung lehnt das aber entschieden ab. Stattdessen schicken wir Bundespolizei-Hubschrauber, die helfen sollen, die Flüchtlingsboote zu finden und, wie es die italienische Marine macht, sie irgendwo in Libyen ›abzukippen‹, wo sie gewaltsamen Übergriffen und sogar Folter ausgesetzt sind. Für die EU ist die Menschenrechtsfrage jedenfalls exterritorialisiert. Insofern ist denn auch besonders die deutsche Bundesregierung mit dafür verantwortlich, wenn heute die Marine von Malta bei Windstärke 9 nicht mehr ausläuft, um Menschen in Not zu retten, weil angeblich das Wetter zu schlecht ist. Die Wahrheit ist: sie wollen nicht, dass noch mehr ›Lasten‹ auf sie zukommen.

Publikum: Haben wir es also mit einer gravierenden Verschlechterung der internationalen Grundsätze im Bereich der Abwehr und der Behandlung von Flüchtlingen zu tun, wenn Menschen in Not nicht mehr angemessene Hilfe erfahren, so wie es jahrzehntelang internationale Gepflogenheit auf den Meeren war? Wie ist dieser Verfall völkerrechtlicher Standards zu beurteilen? Und wäre es angesichts des Flüchtlingselends nicht an der Zeit, vom ›völkischen‹ Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland Abstand zu nehmen? Inzwischen lebt die dritte Generation von ›Ausländern‹ in unserem Land, ist bereits hier geboren. Sie gehören zu unserem Land, aber die deutsche Staatsangehörigkeit ist für sie nicht selbstverständlich. Sollte nicht mit der politischen Unmündigkeit der Migranten Schluss gemacht werden und sollte nicht Kindern ausländischer Eltern, die hier geboren sind, die deutsche Staatsangehörige zukommen?

Publikum: Der Forderung nach Änderung des Staatsbürgerrechts schließe ich mich an. Wäre nicht die ›doppelte Staatsbürgerschaft‹ eine Hilfe in der Integrationsproblematik? Mich beschäftigt außerdem die Situation in Bramsche-Hesepe, nördlich von Osnabrück, wo ein Lager mit 550 Flüchtlingen existiert. Dort leben Menschen aus 29 Ethnien zusammen. Aber nur die Christen aus Syrien und Irak bekommen ein Bleiberecht auf Dauer. Auf die übrigen dort kasernierten Flüchtlinge wird starker Druck ausgeübt, damit sie Deutschland ›freiwillig‹ verlassen. Man bedrängt sie, in ihre

Ausreise einzuwilligen und das Land zu verlassen. Ist das ein ›niedersächsisches Modell‹, das in der Bundesrepublik Schule machen soll?

Publikum: Die Bundesrepublik Deutschland ist wie fast alle EU-Staaten Mitglied der Vereinten Nationen und hat als solches die Menschenrechtsdeklaration der UNO nicht nur unterschrieben, um Mitglied werden zu können, sondern auch, um sie zu beachten. In dieser Menschenrechtsdeklaration ist das Recht auf Freizügigkeit der Bewegung für jede einzelne Person weltweit besiegelt. Deutschland ist ein Hochtechnologie-Land wie andere EU-Staaten auch und hat Hochrisikopotenziale wie Atomkraftwerke oder chemische Industrie auf engstem, dicht bevölkertem Raum. Es gibt eine statistische Wahrscheinlichkeit, dass in Deutschland eines Tages ein Atomunfall wie in Tschernobyl passiert. Wir sollten uns bewusst sein, dass auch wir eines Tages Flüchtlinge sein könnten.

Publikum: Das Asylbewerberleistungsgesetz gewährt Asylsuchenden um 30% niedrigere Regelsätze als Hartz IV-Empfängern. Diese Leistungen werden meist als Sachleistungen gewährt – mit einem kleinen Taschengeld in bar von etwa 50 Euro im Monat. Bisher war Flüchtlingen das Arbeiten für die Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland verboten. Nun dürfen Menschen, die seit 4 Jahren in Deutschland sind, auch arbeiten. Aktuell wird eine Novellierung der EU-Aufnahmerichtlinien vorbereitet. Dabei ist zum einen geplant, die Arbeitsverbotsdauer für Flüchtlinge zu senken, und zum andern diskriminierende Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, die gegen EU-Recht verstoßen. Die Novellierung sieht außerdem ein *burden sharing* zwischen den EU-Staaten vor, sodass alle Flüchtlinge gleichmäßig auf die Länder verteilt werden. Wie stehen Sie zu diesen Vorschlägen, Herr Dr. Hanning?

Publikum: Eine Befragung in Australien hat ergeben, dass 84% der Bevölkerung keine Afrikaner aufnehmen wollen. Bei uns gibt es ähnliche, aber nicht ganz offizielle Befragungen. Müssten wir nicht stärker für die Integration gerade afrikanischer Bürger sorgen? Haben die hier lebenden Afro-Deutschen nicht zu wenig Einfluss und politisches Gewicht?

Publikum: Der Artikel 1 unseres Grundgesetzes schützt die ›Würde des Menschen‹, und Artikel 16 garantiert das ›Recht auf Asyl‹. In der Praxis wird aber Asylsuchenden wie z.B. politisch oder religiös verfolgten Jesiden oder Roma dieses Recht häufig verwehrt und das Grundrecht somit ausgehöhlt. Wer hat denn nun tatsächlich ein Recht auf Asyl? Und wie steht es um die Würde der Menschen, die es schaffen, auf deutschen Boden zu

gelangen? Ich halte die Verhältnisse in Abschiebelagern wie Bramsche-Hesepe nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

August Hanning: Das Staatsangehörigkeitsrecht haben wir in Deutschland bereits geändert. Jeder Mensch, der hier geboren ist, hat grundsätzlich Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Er muss sich allerdings im Alter von 18 bis 23 Jahren entscheiden, ob er die deutsche Staatsangehörigkeit oder diejenige seines Herkunftslandes auf Dauer annehmen will. Was die doppelte Staatsbürgerschaft angeht, so muss man wissen, dass inzwischen über 40% aller Einbürgerungen in Deutschland eine dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft begründen. Doppelte Staatsbürgerschaften sind innerhalb der EU kein Problem. Sie sind dann ein Problem, wenn eine starke kulturelle Verschiedenheit zum Herkunftsland besteht. Dann entstehen schnell Konflikte darüber, welches Familienrecht, welches Erbrecht anzuwenden ist. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein wichtiges Instrument der Integration, sollte aber an deren Ende stehen, nicht am Anfang.

Die Regelungen des 1993 in Kraft getretenen Asylbewerberleistungsgesetzes kann man unterschiedlich beurteilen. Früher mussten wir oft die Erfahrung machen, dass Leistungen, die die Asylbewerber erhielten, ihnen von Schleppern als Lohn für ihre Dienste abgenommen wurden.

Das Grundproblem bei diesen Leistungen ist die eintretende soziale Ungleichgewichtung: Wenn eine kinderreiche Familie in Berlin Hartz IV-Leistungen bezieht, hat sie ein höheres Einkommen als z.B. ein Facharbeiter im Libanon. Daraus ergibt sich eine starke Anziehungskraft Deutschlands, und das ist eine der Konsequenzen aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Asien oder Afrika und Europa. Besonders im *Vergleich* erscheint Europa als eine Insel der Stabilität und Hort der Glückseligen.

Was bedeutet das für uns? Ich glaube, wenn wir eine Politik verfolgten, die den schrankenlosen Zuzug gestattet, werden wir unlösbare Sozialprobleme bekommen. Dann hätten wir die Flüchtlingslager hier. Palästinenserlager wie im Libanon wünsche ich mir in Deutschland nicht.

Angelika Beer: Wir fordern nicht ›schrankenlose Einwanderung‹, sondern wir reden darüber, dass immer mehr Schranken, Barrikaden, Mauern gebaut wurden, auch um Flüchtlinge abzuwehren. Man muss konstatieren: Unser Grundgesetz ist ausgehöhlt. Die Würde des Menschen wird unterschiedlich beurteilt von oben, sie ist nicht mehr unantastbar. Ich wünschte, wir würden uns selber öfter prüfen, ob wir andere menschenwürdig behandeln, und dass wir versuchen, diese Würde des Menschen ohne Abstriche wieder als Wert in unserer Gesellschaft zu behandeln. Dazu gehört auch das Recht auf Asyl.

In Sachen Asyl stehen wir aber ›Gewehr bei Fuß‹. Wir sind in der EU in einer Militarisierung der Flüchtlingspolitik begriffen, die gestoppt werden muss. Außerdem stecken wir in einer schwierigen Weltwirtschaftslage. Hinzu kommen Probleme infolge des Klimawandels und Wassermangels. Wir müssen auf europäischer und internationaler Ebene dafür streiten, dass die Budgetmittel zur Bekämpfung der Fluchtursachen und zur Verlangsamung des Klimawandels nicht gekürzt werden. Wenn es nur darum geht, die Staatsverschuldung so schnell wie möglich wieder zu senken, aber diese genannten Problemfelder ausgeblendet werden, bleibt der Gedanke der Prävention gegenüber eintretenden Fluchtursachen auf der Strecke. Wir könnten einen parteiübergreifenden Konsens erreichen; die Sensibilität ist da. Niemand möchte hier falsche Grundsatzentscheidungen treffen.

Zu der Zentralen Aufnahmestelle (ZASt) in Bramsche bei Osnabrück, wie sie ähnlich auch in Neumünster besteht, gibt es eine Alternative: Eine Initiative aus dem Saarland fordert die Auflösung solcher Lager. Man muss überlegen, wo diese Menschen vernünftig untergebracht werden können, aber das halte ich für lösbar. Das größere Problem ist die europäische Solidarität in der Flüchtlingsproblematik: Dublin II, die europäische Regelung, muss geändert werden. Dabei ist Deutschland gefragt. Nötig ist nicht nur Solidarität mit Ländern, die – wie Deutschland – kein Mensch mehr direkt erreicht, sondern auch mit den Ankunftsändern der Flüchtlinge. In erster Linie dort muss dafür gesorgt werden, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihr Asylbegehren geprüft wird.

Menschen aus Afrika müssten besser integriert werden, hieß es. In Schleswig-Holstein wird versucht, so etwas wie kommunalpolitische Räte zu bilden, in denen auch kleine Minderheiten gleichberechtigt vertreten sind. Es werden gezielt Menschen unterschiedlichster Zugehörigkeit angesprochen, um sie in diese Räte einzubeziehen. Damit lassen sich nicht alle Probleme lösen, es zeigt sich aber: Wir haben viele Handlungsspielräume. Wenn wir unterstreichen, dass kein Mensch ›illegal‹ ist, wenn wir betonen, dass die Würde des Menschen für uns unantastbar ist, dann müsste es gelingen, mit Flüchtlingen menschenwürdig umzugehen, die heute unsere Hilfe brauchen und deren Hilfe wir vielleicht morgen brauchen.

Elias Bierdel: Aus dem Publikum kamen mehr Stellungnahmen als Fragen, wohl weil wir alle die Not der Flüchtlinge verspüren. Ich denke, dass wir Möglichkeiten haben, hier etwas zu verändern, wenn wir zur Kenntnis nehmen, wie weit die Dinge sich schon entwickelt haben. Leider gibt es eine Bequemlichkeit in der Gesellschaft. Man vermeidet es, den Konsequenzen, die auch unser Lebenswandel anderswo hat, ins Auge zu sehen. Dazu kommt dann noch das Lagerwesen, wo Flüchtlinge und MigrantInnen aussortiert werden. Man bringt diese Menschen lieber in ein Lager,

das meist eher draußen z.B. am Truppenübungsplatz liegt als in der Mitte der Gemeinde. Man möchte offenbar nicht, dass wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands allzu nah in Kontakt kommen mit Menschen brauner, schwarzer, gelber Hautfarbe.

Es ist leider nicht so, dass unsere Regierungen versuchen würden, insbesondere den hier aufwachsenden Flüchtlingskindern ein Bleiben zu ermöglichen. Nein, sie werden aus den Schulen geholt und abgeschoben, irgendwohin – weil z.B. der Vater arbeitslos geworden ist, nach 18 Jahren hier. Die Familie kam aus Bangladesch, die Kinder sind hier aufgewachsen, und dann schafft man die einfach weg. Der eine, Deutsche, bekommt Arbeitslosengeld, und der andere, weil er die Voraussetzung des Bleiberechts nicht mehr erfüllt, nämlich: dass er einen Arbeitsplatz hat, weil die Bäckerei, in der arbeitete, Pleite gegangen ist, wird abgeschoben.

Warum schaffen wir Menschen weg, die die idealen Multiplikatoren für alles sein könnten, was Integration bedeutet? In wessen Namen und mit welcher Vernunft werden diese Leute außer Landes gebracht? Das ist rational nicht zu erklären. Ich meine, wir müssen unsere Denkgewohnheiten infrage stellen. Darum bedaure ich es, wenn immer wieder alte Ängste geschürt werden. Ich hoffe, die jüngere Generation weiß, dass sie diese Fragen vollkommen anders anpacken muss, und dass sie dazu auch bereit ist.

Im österreichischen Friedenszentrum Schlaining bilden wir unter anderem Fachkräfte für zivile Friedenseinsätze aus. Darin sehe ich eine Möglichkeit präventiver Politik. Dort arbeiten Menschen aus allen Ländern und Kontinenten zusammen, die ein gemeinsames Ziel eint: nämlich eine bessere, fairere Welt zu gestalten. Das wird ihnen hoffentlich auch gelingen.